mons protestiert gegen die Ausführungen des Vorredners. n Anfang an bestand die Absicht, die Requisitionen zu bezahlen. umfangreichen Requisitionen waren nötig infolge unserer Ab- rung vom Marne. Voll erworbene Rechte von Privaten den besetzten Gebieten sollen aber auf alle Fälle geachtet werden. Arbeiterfragen sind ohne Zweifel sehr wichtig, ob sie aber bei Friedensverhandlungen erledigt werden können, sei sehr frag- — Abg. Ebert hält daran fest, daß diese Fragen behandelt den müßten. Es handele sich nicht um die innere Organisation jedem einzelnen Lande, sondern um den Arbeiterschutz. Frank- h hat den dortigen Gewerkschaften bereits zugesagt, daß sie zu Verhandlungen zugezogen werden sollen.

Berlin, 12. Januar. Der Unterstaatssekretär im Aus- tigen Amt empfing gestern abend nach der Sitzung des Haupt- schusses wieder die Parteiführer. Dem Lokalanz. zufolge nten Ereignisse von besonderer Wichtigkeit nicht gemeldet werden.

Deutsches Reich.

Vergeltungsmaßnahmen gegen Frankreich.

Die Nordd. Allg. Ztg. schreibt unter der Ueberschrift: „Für Freilassung der Elsaß-Lothringer in Frankreich": Wie in der dd. Allg. Ztg. vom 9. Oktober v. J. mitgeteilt worden ist, wird den französischen Behörden noch eine Reihe von Elsaß-Lothringern gehalten. Die deutsche Regierung hat infolgedessen bei der französischen Regierung erneut ihre Forderungen geltend gemacht daraus hingewiesen, daß eine längere Zurückhaltung der heim- h verschickten Elsaß-Lothringer nicht würde hingenommen werden ten. Die französische Regierung hat diese Vorstellungen unbeant- ortet gelassen. Auch haben die französischen Unterhändler bei den origen Monat in Bern geführten Verhandlungen über Gefangenen- en jegliche Aussprache über die Freilassung der Elsaß-Lothringer weg abgelehnt. Die deutsche Regierung hat sich daher zu Ver- ngsmaßnahmen genötigt gesehen. Am 6. Januar sind 600 an- ene Franzosen aus dem besetzten Gebiete nach dem besetzten von Rußland gebracht worden. Die Ueberführung von 400 an- enen Französinnen nach dem Gefangenlager Holzminden wird gen. Ihre Zurückführung wird erst stattfinden, wenn die fran- he Regierung die ihr durch neutrale Vermittlung bekanntgegebenen erungen erfüllt.

Die Finanzminister der Bundesstaaten in Berlin.

Wie die Morgenpost hört, waren gestern sämtliche Finanz- ter der einzelnen Staaten hier versammelt, um vor Einbringung Reichsetats mit dem Reichsschatzsekretär über Einzelheiten des haushaltsetats zu beraten. Heute abend sind die Finanzminister eine Anzahl politischer und parlamentarischer Persönlichkeiten Grafen Rödern geladen.

Ausland.

Großbritannien.

Das Frauenwahlrecht im Oberhause.

Amsterdam, 11. Januar. Aus London wird gemeldet: Oberhaus hat mit 134 gegen 69 Stimmen die Anträge neuen Wahlrechtsreformgesetz, wodurch den Frauen das mrecht verliehen wird, angenommen. Ueber das Ergeb- der Abstimmung, war man sich nach einer Rede Lord ons, dem Führer des Hauses, im Zweifel. Er zeigte lich in seiner ersten Rede, daß er ein Gegner Frauenwahlrechts sei, aber er wollte nicht selbst die Ver- wortung für ein Lossteuern auf einen Konflikt mit dem terhause auf sich nehmen. Er sagte, daß, wenn das Frauen- hlrecht aus dem Gesetz gestrichen würde, der Gesetzentwurf nicht überleben werde, und er erinnerte daran, daß der wurf im Unterhause mit 385 gegen 55 Stimmen an- mmen worden war und daß die Mehrheit ungefähr Konservative umfaßte. Unter diesen Umständen wolle er abstimmen. Diese Erklärung enttäuschte die Gegner des enwahlrechts und nahm ihnen alle Hoffnung.

Daily Chronicle bemerkt hierzu: Die Abstimmung be- et nicht, daß das Oberhaus mit einem Schlage ein rittlicher Körper geworden ist, sondern es ist in gewissem eine Realisierung des revolutionären Einflusses des es und der Zwecklosigkeit, den Versuch zu machen, die nach dem Kriege innerhalb der Grenzen von vor dem zu halten.

Aus London erfahren die Amsterdamer Blätter ferner: denen, welche gegen die Einführung des Frauenwahl- im Oberhause sind, befinden sich der heutige Lordkanzler die ehemaligen Kanzler Loreburn, Halsbring sowie Lord bowne. Unter denjenigen, die für das Wahlrecht ein- befinden sich zwei Erzbischöfe, zwölf Bischöfe, ferner lords Gladstone, Milner, Morley, Selburne, ding, Rhonddea, Northcliffe und sein Bruder bermore.

Spanien.

Doch eine Parlamentsauflösung.

Laut Havas beschloß der spanische Ministerrat, dem Könige neue Verordnung über die Auflösung des Parlaments zu reiten.

Dresden in der Kriegszeit.

(Schluß der Rede des Oberbürgermeisters Blüher.)

Diese Ausgaben, sowie die bei den sonstigen Aufwendungen rlichen Mittel stellen die städtische Finanzverwaltung vor eine Probe. Der Bedarf an Kriegsausgaben, zu denen auch die gung an acht gemeinnützigen Gesellschaften mit 962 000 M. wurde zum Teil aus Anleihe gedeckt. Bis Ende 1917 betrugen Kriegsausgaben nicht weniger als 122½ Millionen Mark, von rund 12 Millionen Mark zu Lasten des Haushaltplanes und aus denen Fonds gezahlt wurden, während 56 Millionen Mark weise für das Reich und für die Beschaffung von Lebens- aus dem Betriebsvermögen entnommen wurden und 54½ nen Mark als endgültig die Stadt belastende Kriegsausgaben neue Kriegsanleihe, für die der Betrag von 75 Millionen Mark lig in Aussicht genommen ist, berücksichtigt werden müßten. Bei erheblichen Zugang an neuen Schulden muß es auch das Rein- ögen der Stadt sinken. Während es noch im Jahre 1914 027 019,18 M. geflegen war, sank es im Jahre 1915 um 911,72 M. und im Jahre 1916 um 9 412 756,09 M., so daß 31. Dezember 1916 noch 79 539 312,96 M. betrug.

Die Steuerkraft der Einwohner hat sich im Laufe rieges nach anfänglichem starkem Sinken wieder gut erholt. ur Staatseinkommensteuer geschätzte reine Einkommen betrug hre 1913: 563 534 910 M. und stieg im Jahre 1914 auf 560 M. Es sank im Jahre 1915 auf 543 827 250 M. und im 1916 weiter auf 537 934 590 M. Im Jahre 1917 aber schnellte 569 318 430 M. herauf. Die Steigerung entfiel mit 22½ nen Mark auf Gehalte und Löhne und mit 6½ Millionen Mark handel und Gewerbe. Auch das zur Ergänzungssteuer pflichtige gen wuchs. Es stieg von 2254 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 2506 Millionen im Jahre 1914, sank im Jahre 1915 vorübergehend auf 2355 Millionen, stieg im Jahre 1916 auf 2418 Millionen Mark und im Jahre 1917 auf 2562 Millionen.

Je länger der Krieg dauert und je mehr wir sein Ende erhoffen, um so stärker tritt an uns die Pflicht heran, für eine Ueberleitung des Kriegs- in den Friedenszustand zu sorgen oder, wie wir jetzt zu sagen pflegen, uns mit der sogenannten Uebergangswirtschaft zu befassen.

Bereits Anfang 1916 errichteten wir einen städtischen Erwerbsförderungsausschuß mit vier Unterausschüssen, den 1. für den gewerblichen Mittelstand, den 2. für Industrie, Handel und Verkehr, den 3. für Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit, den 4. für Maßnahmen des Kleinkredits und des Kleinwohnungswesens. Der Unterausschuß 1 behandelte nicht allein die Probleme der Stärkung des Handwerks durch Lieferungsverbände und Einkaufsgenossenschaften, sondern vor allem die Hilfe der Darlehensgewährung zur Wiedererschließung der Erwerbsquellen. Im Anschluß an die Beschlüsse, welche im Einvernehmen mit den Ständekammern die Königliche Staatsregierung auf dem Landtage 1915/16 gefaßt hatte und in deren Verfolg uns für das Gebiet der Stadt Dresden ein Betrag von 300 000 M. zur Verfügung gestellt wurde, übernahm die Stadt die geforderte Hälfte der Bürgschaft, und die städtischen Kollegien übertrugen die Entschließung einem besonderen Ausschuß, der in der Zeit seit Juli 1916 in 198 Fällen Darlehen von zusammen 194 950 M. bewilligt hat.

Der Unterausschuß 2 behandelte in erster Linie die Förderung der Industrie durch Erleichterung im Bauwesen. Der Unterausschuß 3 hat die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für die bei der Demobilmachung freiwerdende Arbeiterschaft erörtert. Das Tiefbauamt hat für Arbeit gesorgt, die bedeutsamste Planung wegen einer neuen Elbbrücke im Zuge der Erfurter Straße soll baldigst den städtischen Kollegien zur Verabschiedung vorgelegt werden. Der Unterausschuß 4 behandelte die schwierigen Probleme der Hypothekenbeschaffung und des Kleinwohnungsbaues, wozu das Finanzamt zwei ausführliche Denkschriften vorlegte. In der Frage des Wohnungswesens war inzwischen die Regierung mit dem Gesetz wegen der Kriegersiedlung vorgegangen, an das sich die Gründung einer Landessiedlungsgesellschaft anschloß. An dieser Gesellschaft beteiligten wir uns mit 100 000 M. Da aber für die Beschaffung von Siedlungen, die für die Großstädte im wesentlichen in der Form von Kleinwohnungen zu beschaffen sind, das Problem darin besteht, die zur Erbauung von Kleinwohnungsbauten bereit en gemeinnützigen Bauvereine und geeigneten Privatunternehmer mit Geld und Land zu unterstützen, so haben wir, ebenso wie andere Kommunalverbände, die Errichtung einer örtlichen Siedlungsgesellschaft für notwendig gehalten. Wir sind zu diesem Zwecke und im Hinblick auf das erfolgreiche Zusammenarbeiten auf dem Gebiete der Lebensmittel- und Kohlenversorgung mit den Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und -Neustadt wegen gemeinschaftlicher Errichtung einer Siedlungsgesellschaft für Dresden-Stadt und -Land in Verbindung getreten.

Zur Erleichterung des Kleinwohnungsbaues, namentlich zur Abminderung der Anlegerleistungen und der Baukosten, sind neue Bauvorschriften ausgearbeitet und dem Ministerium des Innern zur grundsätzlichen Genehmigung überreicht worden. In welchem Umfange nach dem Kriege ein Wohnungsbedürfnis vorhanden ist, darüber sind die Meinungen geteilt. Die Stadt ist jedenfalls verpflichtet, sich auf alle Fälle vorzubereiten. Wir haben mit der letzten Volkszählung eine Wohnungszählung verbunden und werden Ihnen außerdem baldigst eine Vorlage unterbreiten, wonach dem Wohnungsamte ein bereits vor dem Kriege geplanter, mit Meldepflicht ausgestatteter Wohnungsnachweis angegliedert werden soll. Dieser Nachweis soll sich nicht nur auf Kleinwohnungen, sondern auch auf größere Wohnungen und auf Läden und sonstige gewerbliche Räume erstrecken. An der schwierigen Frage der Beschaffung der Baustoffe für Neubauten wird gearbeitet; wir dürfen dabei auf die Hilfe der Militärbehörde hoffen.

Für den Nachweis von Arbeitsgelegenheit ist ein Ausbau des Arbeitsnachweiswesens im ganzen Reiche erfolgt. Die Pflichten sind dabei wiederum den Gemeinden auferlegt worden. Wir haben demgemäß den Zentralarbeitsnachweis entsprechend ausgestaltet. Er besitzt jetzt zahlreiche Stellen im Regierungsbezirke. Wir haben den städtischen Zuschuß wesentlich erhöht und ein Ratsmitglied hat den Vorsitz übernommen. Die bedeutsame Frage neuer wesentlich größerer Räume ist noch nicht vollkommen gelöst; für später werden wir uns der Pflicht eines Neubaues nicht entziehen können.

Die Beschaffung von Möbeln für Kriegsgetraute hat mit städtischer Beihilfe der Frauenbank übernommen. Hoffentlich läßt die unumgängliche Beschlagnahme der Möbel nicht länger auf sich warten. Im Krankenhause Friedrichstadt haben wir eine Beratungsstelle für Geschlechtskranke eingerichtet, die im Einvernehmen mit der Landesversicherungsstelle arbeitet; dem Freien Ausschuß zur Bekämpfung der Schwindsucht haben wir zur Errichtung einer neuen, dritten Beratungsstelle einen Jahresbeitrag von 5000 M. bewilligt. Den übrigen Problemen der sogenannten Uebergangswirtschaft werden wir, sobald sie greifbare Gestalt bekommen, gleichfalls nachgehen.

Die regelmäßige Tätigkeit der Stadtverwaltung trat in den Kriegsjahren naturgemäß zurück. Insbesondere konnte die Ortsgesetzgebung nur verhältnismäßig selten tätig werden. Ihre Hauptfrucht waren die neuen Steuerordnungen.

Neue Probleme auf dem Gebiete des Schulwesens traten im Kriege auf. In einem dazu niedergesetzten Sonderausschusse haben wir diese Probleme zu einem guten Teile erörtert und ordnen Ihnen zunächst Planungen zu unterbreiten, die den Ausbau des Hilfsschulwesens, die Förderung der Hochbegabten, den Ausbau der Mädchenbildung und die Abkürzung der Schulzeit für die künftigen Studenten betreffen.

Die Notwendigkeit, der heranwachsenden Jugend Spielplätze in wesentlich größerem Umfange zu bieten, führte zur Bewilligung von 30 000 M. aus dem Kaiser Wilhelm Fonds. Die Arbeiten selbst sind infolge der Kriegsverhältnisse noch nicht wesentlich gefördert worden. Zwecks besserer Ausgestaltung der Sportplätze besuchte im Auftrage des Rates eine Kommission von Sachverständigen eine Reihe vorbildlicher Städte; ihr Bericht wird uns wertvolle Anregungen geben.

In nähere Beziehungen sind wir während des Krieges zur Presse getreten. Der von mir schon lange gehegte Plan der Einrichtung eines städtischen Pressamtes aber wird leider vor Kriegsende sich kaum verwirklichen lassen.

Der außerordentlichen Mitarbeit der Frauen in der städtischen Verwaltung habe ich bereits gedacht, auch in den freiwilligen Einrichtungen und insbesondere in der Kriegsorganisation Dresdner Vereine haben wir die Arbeit der Frau wesentlich höher schätzen gelernt. Diese Erfahrungen haben dazu geführt, den Frauen in einer Reihe von geeigneten städtischen Ausschüssen Sitz und zunächst beratende Stimme einzuräumen.

Den gemeinsamen Interessen von Hausbesitzern und Mietern soll das Einigungsamt dienen, das wir in Uebereinstimmung mit den Wünschen der beiderseitigen Organisationen am 1. März bei der Stadt errichten werden.

Am Schlusse seines Berichts gedachte der Oberbürgermeister derer, die in der schweren Kriegszeit an den städtischen Aufgaben mitgearbeitet haben und der Vaterlandsverteidiger im Felde.

Parteiangelegenheiten.

Pernerstorfers letzter Wille.

Die Wiener Arbeiterzeitung widmet dem verstorbenen Führer und Förderer der österreichischen Arbeiterbewegung, Engelbert Pernerstorfer, eine reichsausgestattete Gedenknummer. Sie teilt darin aus Pernerstorfers Verfügung über seinen Nachlaß diesen „Letzten Willen" mit:

„Ich verfüge, daß bei meinem Leichenbegängnis keinerlei kirchlicher Ritus geübt werde. Es ist mein Wunsch, daß bei diesem Leichenbegängnis keine sentimentalen Totenlieder gesungen werden. Wird gesungen, so sollen nur folgende drei Lieder vorgetragen werden: 1. Stimmt an das Lied der hohen Braut; 2. Auf Sozialisten, schließt die Reihen; 3. Der Gott, der Eisen wachsen ließ (mit Auslassung der französischen Hetzstrophe).

Ich sterbe im festen Glauben an die Vervollkommnung der Menschheit und an den Sieg des Sozialismus.

Diesen meinen Letzten Willen habe ich eigenhändig geschrieben und unterschrieben.

Gutz Stangau, 14. September 1912.

Engelbert Pernerstorfer.

Der Parteivorstand der Deutschen Sozialdemokratie sandte an den österreichischen Parteivorstand folgendes Telegramm: „Wir trauern mit Euch an der Bahre Engelbert Pernerstorfers, des unvergeßlichen Vorkämpfers des sozialistischen Proletariats. Die deutsch österreichische Sozialdemokratie verliert mit Pernerstorfer einen der verdienstvollsten Führer, die Sozialdemokratie Deutschlands beklagt den Verlust eines treuen Freundes.

Für den Parteivorstand: Ebert."

Der Reichstagsabgeordnete Fritz Zubeil,

seit 1891 Vertreter des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg im Reichstage, erreicht heute sein 70. Lebensjahr. Obwohl Zubeil, der zu Anfang des Krieges voll für die Landesverteidigung eintrat, der Partei nicht mehr angehört, sondern zu den Unabhängigen übertrat, gedenkt doch auch die Deutsche Sozialdemokratie an diesem Tage des alten Kämpfers, der über ein Menschenalter in ihren Reihen stand und streitet, in Ehren und sie wünscht ihm einen gesegneten Lebensabend.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaften und die Jugend.

Der Gewinnung der Jugend widmen neuerdings die christlichen Gewerkschaften besondere Aufmerksamkeit. Zweifellos mit Recht: denn der jugendliche Arbeiter spielt heute im Wirtschaftsleben eine ganz andere Rolle als vor dem Kriege. Nicht nur ist die Zahl der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen gewaltig gewachsen; sie sind auch in überaus zahlreichen Fällen an die Stelle des erwachsenen Arbeiters im Betriebe getreten. Ihre Wichtigkeit für den Produktionsprozeß, für den Unternehmer und damit auch für die Gewerkschaften hat sich ganz bedeutend erhöht.

So befaßt sich das Dezemberheft der Deutschen Arbeit, der Monatsschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft, ausschließlich mit der Frage der Gewinnung der Jugendlichen für die christlichen Gewerkschaften. In verschiedenen Artikeln wird dieses Thema behandelt, insbesondere auch einem engeren Zusammenarbeiten der christlichen Jugendpflegeorganisationen mit den christlichen Gewerkschaften das Wort geredet. In diesen Artikeln findet sich vieles, was auch für die freien Gewerkschaften sehr beachtenswert erscheint. So schreibt zum Beispiel Johann Schwerbfeger unter der Ueberschrift „Zum Stande der Jugendfrage", daß die Jugendfrage größtenteils, wenn nicht hauptsächlich, Arbeiterjugendfrage werde. Die Jugendfrage ist für die Gewerkschaften nicht allein Nachwuchsfrage. Vielmehr wird der jugendliche Arbeiter ein Faktor von größter Wichtigkeit für die Einleitung und den Ausgang von Lohnbewegungen usw. Infolge ihrer bedeutsamen volkswirtschaftlichen Stellung könne die Jugend nicht länger Objekt zur Lösung der Jugendfrage sein; sie wird vielmehr in Zukunft ganz andere Ansprüche ans Leben stellen als früher. Die christlichen Gewerkschaften müssen daher die neuen Notwendigkeiten in bezug auf die Jugend erkennen.

Dies gilt in gleicher Weise auch für die freien Gewerkschaften. Auch sie haben allen Anlaß, sich über die Wichtigkeit dieser Frage klar zu werden und der Gewinnung der Jugend die größte Aufmerksamkeit zu schenken.

Aus aller Welt.

Unterschlagungen in einer Kommunalverwaltung.

Der Oberbürgermeister Dr. Ebeling in Dessau ist wegen der gegen seine Geschäftsführung erhobenen schweren Vorwürfe vom Amte zurückgetreten. Vor einigen Wochen wurde auf dem Rathause über Mittag in der Lebensmittelabteilung eine Kassette mit 9000 M. gestohlen. Der genaue Betrag war mangels zureichender Buchung nicht zu ermitteln. Ein Sekretär wurde verhaftet, und erst dabei wurde festgestellt, daß dieser 70 bis 80 000 M. unterschlagen hatte. Inzwischen ist noch ein Obersekretär verhaftet worden. In mehreren erregten Stadtverordnetensitzungen, an denen auch ein Vertreter der Staatsregierung teilnahm, kam es dann zu schweren Vorwürfen auch gegen den Oberbürgermeister Dr. Ebeling, der seit zwanzig Jahren an der Spitze Dessaus steht.

Schneesturm-Wirkungen.

Auf einen im Schneesturm in einer Schneeschanze bei Louisenthal steckengebliebenen Personenzug der Haffuferbahn wurde durch den Sturm das Pappdach eines großen Ziegeleiarbeiter-Wohnhauses geschleudert. Die Wand eines Personenwagens wurde durch die schwere Last eingedrückt, und von den Fahrgästen erlitten drei Frauen schwere Verletzungen. Bei den Rettungsarbeiten wurde der Zugführer schwer verwundet. — Amtlich wird aus München gemeldet: Der gesamte Durchgangsverkehr nach dem Norden ist infolge weiter Schneeverwehungen unterbrochen. Zur Beseitigung der Verkehrshindernisse ist militärische Hilfe herangezogen.

Minenexplosion.

London, 11. Januar. Reuter meldet, daß sich in Rosehearty an der Küste von Aberdeenshire ein ernstes Unglück ereignete. Während eines heftigen Sturmes wurde eine Mine gegen den Pier geworfen, die explodierte. Fünf Personen wurden sofort getötet; zwei erlagen später ihren Wunden, zehn wurden nach Aberdeen gebracht.

Eine Fabrik in die Luft geflogen.

Bern, 11. Januar. Die pyrotechnische Fabrik in Carouge, einem Vorort von Genf, ist heute abend in die Luft geflogen. Die Fabrik stellte Kriegsmaterial für die Entente her. Einzelheiten fehlen.

Letzte lokale Nachrichten.

Ein Nahrungsmittelschwindler, der unter dem Namen König und März auftreten ist, verspricht verschiedenen Stadtbewohnern Fleischwaren und Butter aus Böhmen zu verschaffen. Nachdem dem zuletztgenannten Besitzer, der den Eindruck eines Reisenden machte, Geldbeträge von 28 und 45 M. in die Hände gekommen waren, ließ er sich nicht mehr sehen. Anscheinend wird er weitere Betrugsversuche versuchen. Es wird ersucht, ihn vorkommendenfalls festnehmen zu lassen.

Einbruch. Dreizehn Ballen Zigarettentabak im Gewicht von 270 Kilogramm und im Werte von 4500 M. wurden mittels Einbruchs aus einer Niederlage in der Leipziger Vorstadt gestohlen. Wahrscheinlich haben die Diebe diesen Tabak im Wagen abtransportiert. Für sachdienliche Mitteilungen, die an die Kriminalpolizei zu richten sind, wird eine entsprechende Belohnung gezahlt.

Tod durch Gasvergiftung. Die Feuerwehr wurde am Freitag abend gegen 7 Uhr zur Hilfeleistung nach der Bautzner Straße gerufen, wo sich eine 46jährige Bildhauersfrau durch Einatmen von Leuchtgas das Leben genommen hatte. Bei Eintreffen der Feuerwehr war der Tod bereits eingetreten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180112/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG